

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13.

Montag, den 17. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vor den Landtagswahlen in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns:

Die politische Lage und die Parteiverhältnisse in Finnland bieten namentlich jetzt, am Vorabend der Landtagswahlen, viel des Lehrreichen und Interessanten. Die Maßnahmen der russischen Regierung, die zielbewußt auf die Vernichtung der finnländischen Freiheiten hinarbeitet, die oberste Verwaltungsbehörde, den Senat mit ihren Kreaturen besetzt und das Land mit Militär und Polizeispitzeln überschwemmt, rufen bei der Bevölkerung naturgemäß nur Unwillen hervor. Aber zu einer festen und zielbewußten Opposition verdrängt sich dieser Unwille zumeist nur bei der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie, die sich vor 1905 wenigstens zu dem sogenannten Widerstand aufgerafft und organisiert, ist jetzt bereits so lendenlahm geworden und um ihre Profitinteressen so besorgt, daß sie sich weiter als bis zu gelegentlichen papierernen Protesten kaum aufschwingen wird. Die Rechtsanwälte haben allerdings einen kleinen Feldzug gegen die völlig ungesetzliche Einführung des russischen Stempelsteuergesetzes in Finnland unternommen. Sie fordern das Volk auf, diese ungesetzliche Stempelsteuer nicht zu bezahlen. Dagegen klagten aber die Alkoholkapitalisten bei dem Russischen Senat gegen eine, vom Landtage in aller Form angenommene Mehrbesteuerung der Alkoholproduktion, und der Senat verfügte die Nichtbeachtung des neuen Gesetzes und die Erhebung der alten Steuer! Es ist ebenfalls ein offenes Geheimnis, daß die Unternehmer den brennenden Wunsch hegen, der Senat möchte dem vom Landtage angenommenen neuen Arbeiterschutzgesetz eine Empfehlung mit auf den Weg geben, die seine Nichtbefestigung in Petersburg zufolge haben würde.

Die dritte Volksvertretung wurde bekanntlich aufgelöst, weil sie sich gegen die vom Zaren auferlegte Militärkontribution auszusprechen wagte. Seitdem hat die Gegnerschaft gegen die Millionenforderung merklich abgenommen. Sowohl die „Schwedische Volkspartei“ — ohne Volk wie auch die „Jungfinnen“ — ohne jugendlichen Mut, äußern sich nur noch dahin, daß man sich nur gegen die Form, wie die Kontribution auferlegt wurde, aussprechen müsse, aber die Millionen selbst, sobald sie auf gesetzlichem Wege gefordert würden, wohl bewilligen könne. Nur ganz vereinzelte Stimmen in der bürgerlichen Presse sprechen sich jetzt noch gegen jede derartige Forderung aus. Die reaktionären „Suometarianer“ dagegen suchen eifrigst nachzuweisen, daß die Finnen mit ihrer Militärkontribution eigentlich zu beglückwünschen seien, da selten ein Volk mit dem Militarismus so billig davon käme! Bei ihnen handelt es sich momentan darum, ob ihrerseits nicht richtiger gewesen wäre, im Senat auszuharren und nicht zurückzutreten. Sie scheinen zu der Gewißheit gekommen zu sein, daß es ein Akt der „politischen Klugheit“ sein würde, wenn sie jede passende Gelegenheit ausnützten, um wieder in den Senat zu gelangen. Ihre Bekenntnisse gipfeln darin, daß die Geschichte Finnlands jetzt nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes gelenkt werden können, und daß man die realen Verhältnisse als bestimmend im Auge behalten müsse. Mit anderen Worten: Da unsere Verfassung russischerseits nicht beachtet wird, und wir ihr mit unserer Kraft nicht Achtung verschaffen können, so bleibt uns nur ein Weg übrig — der Weg der Willkür und Ergebnisheit, um den starken Gegner durch machtlose Opposition nicht noch mehr zu reizen! Fürwahr, eine armfällige Politik, aber sie ist der rückgratlosen Bourgeoisie mehr oder weniger überall zu eigen. Und die Suometarianer stehen durchaus nicht allein. Auch die Schweden und Jungfinnen bekennen sich in steigendem Maße zu dieser würdelosen feigen Politik. Nur die Partei der Kleinbauern bekennt sich noch nicht dazu. Sie ist für den Kampf gegen die Reaktion im gewissen Sinne noch zu haben. Aber sie ist zu klein, um etwas zu bedeuten. Offenbar wird sie aber in den bevorstehenden Wahlen von den großen bürgerlichen Parteien abermals größeren Stimmenzuwachs erhalten.

Die großen bürgerlichen Parteien befinden sich gegenwärtig in einem gewissen Zerlegungsprozeß. In allen diesen Parteien macht sich eine Spaltung bemerkbar. Sowohl die brutale Gewaltspolitik gegen ihre verfassungsmäßigen Rechte, wie auch die wachsende Bedeutung des Proletariats zwingt sie dazu. Die ehemaligen Konstitutionalisten haben einen Frontwechsel vornehmen müssen, indem sie sich für den innern oder für den äußern Feind erklärten. Gegen den einen mußten sie die Hilfe des andern in Anspruch nehmen. Vielleicht ist die endgültige Form noch nicht gefunden, in welcher Weise sie sich verkaufen werden. Daß sie aber gefunden wird, steht außer Zweifel. Soviel steht schon jetzt fest. Das beweist schon die ein-

fache Tatsache, daß die Bourgeoisie geschlossen nur an den Kampf gegen die Sozialdemokratie denkt. Zwar ist der Wahlkampf, obgleich die Wahlen bereits am 1. Februar stattfinden, noch nicht völlig entbraunt, aber es steht außer Frage, daß es hauptsächlich heißen wird; die Proletariat, die Bourgeoisie!

Diese Einigkeit der Bürgerlichen ist ihnen auch soweit willkommen, als sie sich jetzt nicht mehr genötigt sehen, einander in lügenhaften Versprechungen, die sie nie einzulösen gedenken, zu überbieten. Die bisherigen Wahllügen wurden ihnen durch die Sozialdemokratie stark verleidet. — Auch die Sozialdemokratie hat im gegenwärtigen Wahlkampf die volle Kraft noch nicht entfaltet. Eine naturgemäße Verdrossenheit waltet auch hier ob. Sie äußert sich hauptsächlich darin, daß einige der besten sozialdemokratischen Parlamentarier ihre Kandidaturen nicht aufstellen ließen. Sie betrachten die große Mühe und Arbeit, die sie in der Volksvertretung zu leisten haben, als unnützlich, da doch die beste Arbeit durch die willkürliche Auflösung des Landtages durch den Zaren zunichte gemacht wird. Die Partei wird aber natürlich auch diesmal ihre Schuldigkeit tun. In dem anbrechenden Wahlkampf wird die Sozialdemokratie unentwegt ihren hohen Zielen folgen, und der feigen Schwächepolitik der bürgerlichen Parteien ihre revolutionäre Aufklärungsarbeit entgegensetzen. — Die bevorstehenden Wahlen sind für die Sozialdemokratie auch in einer anderen Hinsicht bedeutsam, Sie werden zeigen, ob die Partei, wie bisher, im Aufstieg begriffen ist, oder ob die Skeptiker recht haben, daß die Sozialdemokratie in Finnland ihre verbende Kraft verloren habe. Bisher ist immer das Gegenteil von dieser schwarzherischen Prognose eingetreten. Gewiß wird das auch am 1. Februar der Fall sein.

Die Einleitung des Wahlrechtskampfes in Preußen.

Gestern Sonntag begann die Arbeiterschaft in Preußen den Sturm auf das allgemeine Wahlrecht. Viele Hunderte von Versammlungen fanden statt, und überall, von Königsberg bis zum Rheinland, von Schleswig-Vollstein bis Schlesien, waren die Versammlungen überfüllt, und der Wille der Demonstrierenden so einmütig, daß fast nirgends irgendwelche Diskussion war, und die Resolution überall einstimmig angenommen wurde.

Es war für diese Einleitung des Wahlrechtskampfes die Parole ausgegeben worden, es zu keinen Straßendemonstrationen kommen zu lassen. In geradezu glänzender Weise wurde Disziplin gehalten und diese Weisung befolgt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind nur in Forst die Versammlungsbesucher vor das Rathaus gezogen, und aus viele Feld berichtet man von einem 2500 Mann starken Demonstrationenzug. Die Polizei war solcher Disziplin offenbar nicht gewöhnt, sie hatte allerorts umfassende Maßregeln getroffen. Der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. unterlagte sogar vornehmlich die Wahlrechtsversammlung im Tivoligarten. Ursprünglich war die Versammlung nicht als eine solche unter freiem Himmel angesehen worden, weil sie in einem ungefähr 10 000 Personen fassenden Tiergarten stattfinden sollte. Nachträglich scheinen dem Polizeipräsidenten aber doch Bedenken gekommen zu sein, oder er ist von irgend einer Seite scharf gemacht worden, denn Sonnabend mittag um 12 1/2 Uhr wurde dem Einberufer folgende Verfügung im schönsten Polizeideutsch eingehändigt:

„Zu dem am 16. d. M. vormittags 12 Uhr im Tivoligarten unter freiem Himmel beabsichtigten sozialdemokratischen öffentlichen Versammlung wird hiermit die Genehmigung verweigert, da nach dem Inhalt der öffentlichen Aufforderung zu dieser Versammlung aus der Abhaltung der letzten Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.“

Als Genosse Wittig daraufhin persönlich auf dem Polizeipräsidenten sprach, wurde ihm ausdrücklich bemerkt, daß event. mit Gewalt die Abhaltung einer Versammlung im Tivoligarten verhindert werden würde.

Als Grund für das Verbot wurde folgende Stelle des Platates angegeben:

„Wenn die Wahlrechtsfrage nicht nach dem Volkswillen gelöst wird, bleiben wir weiterhin in der Knechtschaft der Junker und Pfaffen. Diese Knechtschaft abzuschütteln, erfordert die Aufwendung aller Kräfte. Wahlrechtsfreunde! Heraus aus den Wohnungen und demonstrieret gegen die Verschleppung der Wahlrechtsreform!“

Diese Stelle im Plakat wurde als aufreizend bezeichnet, als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, und dem verantwortlichen Genossen Wittig wurde angedroht, daß er ein gerichtliches Verfahren wegen dieses Platates zu erwarten habe.

Im Wahlkreis Wangleben rief der Landrat sämtliche Amtsvorsteher telephonisch zu einer Sitzung für Freitag zusammen, in der über Maßnahmen gegen evtl. Straßendemonstrationen verhandelt wurde.

Am Sonntag selbst war die Polizei überall in Massen aufgeboden; von überall wird berichtet, daß sie sich offenbar auf große Dinge gefaßt machte. In Frankfurt a. M. rückte sie mit Schuppenketten unter dem Kinn aus, in Hannover waren alle Einzelposten eingezogen, in Berlin

waren an allen Ecken die bekannten fliegenden Wachen untergebracht. Zu tun gab es nirgends; in Berlin brauchten die Polizisten, die in einer solchen Wache eifrig Skat brochen, diese geistige Beschäftigung nicht zu unterbrechen. Nur in Halle wurde den Polizisten die Untätigkeit offenbar langweilig, sie belästigten harmlose Spaziergänger und nahmen dann einige Verhaftungen vor.

Aber auch das Militär war hier und da in Bereitschaft. Solches wird uns berichtet aus Magdeburg und Frankfurt a. M. sowie aus Erfurt. Unser Erfurter Berichterstatter meldet: Die 9. Kompanie des 71. Reg. war mit scharfen Patronen ausgerüstet, zwei Bataillone waren um 1/3 Uhr marschbereit angetreten, ebenso das 17. Art.-Reg., eine Batterie war schubbereit. Außerdem waren in den Spritzenhäusern berittene Schutzleute.

Ausländern sah man natürlich besonders scharf auf die Finger; in Breslau sollten u. a. die österreichischen Genossen Dr. Renner-Wien und Joakl aus Jägerndorf sprechen. Der Polizeipräsident fandte an den Einberufer folgendes Schreiben:

„Nach Ankündigung der „Volksmacht“ sollen die österreichischen Reichsratsabgeordneten Dr. Karl Renner aus Wien und H. Joakl aus Jägerndorf hier in öffentlichen politischen Versammlungen sprechen.“

Ich mache darauf aufmerksam, daß das Auftreten der Genannten in diesen Versammlungen als Redner im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung polizeilich nicht zugelassen werden wird.

gez. v. Dopen.
Trotz dieses Verbotes war Genosse Joakl in Breslau angekommen und sprach unerkannt als „Mann aus dem Volke“ in drei Versammlungen je eine halbe Stunde. Besonders die Parteien über die österreichischen Straßendemonstrationen und über die Bereitschaft der Österreicher zum Massenstreik fanden stürmischen Beifall. Immer, wenn die Polizei sich auf die Strümpfe machte um den unbekanntem Redner festzustellen, entwand Genosse Joakl den Augen der Geseßeshüter, um wenige Minuten später in einer anderen Versammlung seine Rede zu wiederholen. Das Bekanntwerden dieses Streiches erregte in der ganzen Stadt stürmisches Gelächter auf Kosten der Polizei.

Im Einzelnen ist über die Versammlungen zu berichten: In Berlin fanden 26, in den Vororten 89, zusammen in Groß-Berlin 65 Versammlungen statt. Sie waren durchgängig überfüllt. In einzelnen Lokalen mußten Nebenversammlungen arrangiert werden, weil die mächtigen Säle die Massen nicht zu fassen vermochten. Nach einer flüchtigen Erklärung werden in Berlin über 70 000 Menschen in den Versammlungen gewesen sein, wovon auf die Stadt Berlin allein zirka 50 000 Menschen entfallen. Die Versammlungen in Berlin waren nicht polizeilich überwacht. Es herrschte eine ungeheure Begeisterung, die Resolution wurde überall einstimmig angenommen, und mit wenigen Ausnahmen sah man auch von einer Diskussion ab. Die Polizei verhielt sich auch auf der Straße, obwohl natürlich in der Nähe der Versammlungen größere Mengen Schutzleute zusammengezogen waren, zurückhaltend. Es wird uns berichtet, daß die Spitze in großer Zahl sich unter die Versammlungsbesucher zu mischen versuchten. Nach den Versammlungen gingen die Massen ruhig auseinander.

Bemerkenswert ist lediglich noch eine kurze Diskussion in den Nordwest-Prachtälen. In der Diskussion wurde von einem Redner die Initiative der preußischen Landeskommission, die mit diesen Versammlungen den Wahlrechtskampf beginnen will, als zu schwacher Angriff bezeichnet und bedauert, daß man nicht von dem wirksameren Protestmittel der Straßendemonstration Gebrauch gemacht habe. Im Schlußwort bemerkte der Referent Parteisekretär Hermann Müller, daß die Verteilung keineswegs auf die Straßendemonstration verzichtet habe. Diese sollte aber nicht zur allwöchentlichen Erscheinung werden. Sie würde am besten, wenn sie dann zur Anwendung komme, wenn die Wahlrechtsbewegung, von der Begeisterung des Volkes getragen, ihrem Höhepunkte nahe sei. Der proletarische Wahlrechtskampf befindet sich noch im ersten Stadium, und Aufgabe der Versammelten sei es, alle diejenigen, die sich heute noch außerhalb der Versammlungen befinden, als Wahlrechtskämpfer zu gewinnen. Darauf wurde die vorge-schlagene Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen.

In den Vororten verliefen die Versammlungen ähnlich wie in Berlin, waren durchgängig auch sehr stark besucht, die Polizei war nicht minder stark vertreten, überwachte hier auch teilweise die Versammlungen, aber fand nirgends etwas zu tun.

Provinz Brandenburg.

Es wird uns über folgende Versammlungen berichtet: Rathenow. Besuch 900 Personen, Resolution einstimmig angenommen.

Brandenburg. Zwei überfüllte Versammlungen, 2000 Besucher.

Fürstenaalde. Versammlung von 1600 Personen besucht.

Gerswalde. Besuch 250 Personen.

Kottbus. Versammlung war von 1000 Personen besucht.

In Spremberg waren 400, in Glaube bei Spremberg 200 Personen versammelt.

In Guben demonstrieren nachmittags 2 Uhr trotz stre-menden Regens 600 Personen.

Forst. Versammlung war von 1000 Personen besucht. Nach der Versammlung zogen die Versammlungsbesucher vor das Rathaus, zu weiteren Zwischenfällen kam es nicht.

Küstrin. 200 Versammlungsbesucher.
In Landsberg 800 und in Angermünde zirka 100 Personen.

In all den Versammlungen wurde die Resolution einstimmig und ohne Diskussion angenommen. Die Polizei verhielt sich meist sehr zurückhaltend.

In übrigen Preußen.

In Königsberg fanden 3 Versammlungen statt, davon eine unter freiem Himmel. Die Versammlungen waren von 6000 Personen besucht.

Weiter fanden in Memel, Tilsit und Gumbinen stark besuchte Versammlungen statt. Die Polizei verhielt sich passiv.

In Flato (Westpreußen) demonstrierte die Arbeiterschaft ebenfalls. Die Versammlung, die 87 Teilnehmer zählte, nahm die Resolution einstimmig an.

In Grlitz und den niederschlesischen Wahlkreisen wurden 14 Volksversammlungen abgehalten, die trotz strömenden Regens sehr gut besucht waren. Es mögen rund 10000 Personen anwesend gewesen sein. Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Arbeiterkraft des 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises nahm in 10 gut besuchten Versammlungen zur Wahlreform Stellung. In Kiel allein fanden 3 Versammlungen statt, die von rund 6000 Personen besucht waren. Ein großes Aufgebot von Schutzleuten war in der Nähe der Versammlungslokale postiert. Die Polizei fand keine Gelegenheit zur Arbeit.

In Altona-Ottensen und in den Landorten des 6., 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten. Überall fand die Resolution einstimmige Annahme.

In Harburg war die Versammlung von ca. 1000 Personen besucht. Die Demonstration verlief ruhig.

Hannover. Hier fanden sieben überfüllte Versammlungen statt. Es mögen 10-12000 Teilnehmer gewesen sein. Die Polizei hatte stark gerüstet. Alle Stehposten waren eingesetzt. Der Polizeipräsident erließ in den bürgerlichen Blättern eine Warnung vor Straßendemonstrationen, da der preussische Parteitag beschlossen habe, diese Demonstrationen nicht auszuschießen. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen.

In dem Regierungsbezirk Magdeburg fanden 26 Wahlrechtsversammlungen statt. Soweit Berichte vorliegen, waren alle Versammlungen sehr stark besucht, auch von Frauen. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen. Zahlreiche Neuauflagen für die Parteiorganisationen waren in fast allen Orten zu verzeichnen. Es herrschte überall eine begeisterte Stimmung. In einigen Orten kam es zu Straßendemonstrationen, die aber ohne besondere Zwischenfälle verliefen. Die Polizei wurde überall in Bereitschaft gehalten, wie bekannt geworden, haben die Postämter der Orte, in denen Versammlungen stattfanden, Besetzung erhalten, sich während der Nacht in Dienstbereitschaft zu halten. In einzelnen ist noch folgendes zu berichten:

In Formersleben sprach Landtagsabgeordneter Paul Girlich vor 600 Personen. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer nach den nahen Industrieorten Westerbeyen und vereinigten sich unterwegs mit den von dort kommenden Versammlungsbesuchern, jedoch eine eindrucksvolle Straßendemonstration zusammenkam. Die Versammlung in Schönebeck a. Elbe war von 1300 Personen besucht; zirka 600 von ihnen hatten sich zu einem gemeinsamen Spaziergang vereinigt, der ohne Störung verlief. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer in großen Trupps durch die Straßen der Stadt. In Halberstadt kam es zu einer Straßendemonstration, an der etwa 2000 Personen teilnahmen. Die Polizei, die sich von den Halberstädter Kasernen Herbe gebürgt hatte, ritt in die Straßendemonstration hinein, verlor jedoch niemand.

Halle. Die Versammlungen waren abgebrochen. Es werden 5000 Besucher gewesen sein. Die Polizei ist in erhöhter Weise gegen Spaziergänger vorgegangen und hat mehrere Verhaftungen vorgenommen. Im Agitationsbezirk Halle fanden 85 Versammlungen statt, die alle sehr stark besucht waren.

Die Versammlungen in Erfurt, Schleusingen und Ziegenrück waren alle sehr stark besucht, desgleichen die in Heidersbach, Zivergehöfen und Sohl. In Erfurt sprach Genosse Heinrich Schulz aus Berlin vor 1800 Zuhörern. Einige Hundert mußten umkehren. Die Versammlungen verliefen vorzüglich, die Resolution wurde einstimmig angenommen. Besondere Zwischenfälle waren nicht. Die Polizei in Erfurt hielt natürlich wieder die verschiedenen Straßenecken in der Nähe der Versammlungslokale besetzt.

Im Wahlkreise Nordhauen fanden 5 Versammlungen statt. Die Resolution fand einstimmige Annahme. In Salza zählte die Versammlung 800 Teilnehmer. Die Versammlung in Vieselde zählte 2000 Personen. Mehrere Hunderte fanden keinen Platz. Die Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Nach der Versammlung gegen die Teilnehmer durch die Haupttruppen der Stadt. In den Vororten Stratmede und Schildesche fanden ebenfalls stark besuchte Versammlungen statt. Ferner werden Versammlungen gemeldet aus Dorford, Witten und Röhme. In Dörsum war ebenso wie in Sellenfingen die Versammlung von zirka 1000 Personen besucht. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Helm. Die Hauptversammlung fand im Volkshaus statt und war sehr stark besucht. Die Polizei hielt in zwei benachbarten Volkshäusern große Trupps in Bereitschaft, blieb aber arbeitslos. Die Versammlungen in Ehrenfeld, Rahl, Dingel, Rippes, Deug, Brühl, Wälheim etc. waren massenhaft besucht. Die Resolution fand begeisterte Annahme.

Im Wahlkreise Dortmund fanden sechs überfüllte Versammlungen statt. Es herrschte begeisterte Kampfstimmung.

Frankfurt a. M. In Stelle der verbotenen Versammlung im Zoologischen Garten fanden acht Versammlungen statt, die ohne Störung verliefen. Ein ungeheures Schutzmannsaufgebot mit den Schärpenroten umriss sich keine Arbeit. Im Kreis Hanau fanden 25, im Kreis Höchst sechs stark besuchte Versammlungen statt.

Aus der Provinz Brandenburg wird noch berichtet: Die Versammlung in Neudamm war von 800 Personen besucht. Die in Marienwerder von 115 Personen. In beiden Versammlungen fand die Resolution einstimmige Annahme.

Die Versammlung in Sorau zählte 40 Teilnehmer. Ohne Diskussion wurde auch hier die Resolution angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die kleinen Justizgesetze im Reichstag.

In der Sitzungsabstimmung des Reichstages wurde die Beratung der kleinen Justizgesetze beendet. Sowohl das

Gesetz über Änderung der Gerichtsverfassung und der Strafprozessordnung als die kleine Strafgesetznovelle stellen nichts dar als Flicker auf dem alten Gewande; sie bedeuten weder die Geltendmachung neuer humaner und wissenschaftlicher Prinzipien der Rechtspflege, noch eine Änderung oder auch nur Milderung des Klassencharakters unserer Justiz.

Mit prinzipieller Schärfe und an der Hand reichhaltigen Materials legte Genosse Stadthagen, unser Fraktionsredner zu dem ersten dieser beiden Justizgesetze, diesen Klassencharakter dar. Was hilft es, daß die Strafkammer, allerdings die Hochburg der Justizrückständigkeit, durch Einfügung des Laienlements etwas modernisiert, und die Verurteilung gegen sie zugelassen werden soll, wenn gleichzeitig die Laienmitwirkung bei der Aburteilung der sogenannten Übertretungen ganz ausgemerzt und die Rechte der Staatsanwaltschaft weiter ausgedehnt, die der Verteidigung dagegen beschränkt werden sollen und keine Rede davon ist, das Schöffentum auf eine breitere Basis zu stellen? Selbst der antimilitärische Amtsrichter Graf mußte starke Mängel des Entwurfs zugestehen, und sogar der persönlich sehr sympathische freikonservative Dr. Brunstermann, ebenfalls ein Amtsrichter, verlangte weitere Ausdehnung der Laienzuziehung. Aber eine prinzipielle Kritik übte keine der bürgerlichen Parteien, auch nicht Herr Abt, der zwar einige sehr beachtenswerte Ausführungen machte, aber schließlich doch den Entwurf als eine geeignete Grundlage bezeichnete.

Bösartiger als das erste ist das zweite Justizgesetz. Es enthält eine Reihe Strafvorschriften gegenüber verschiedenen Delikten. Die sehr berechtigte Entrüstung der öffentlichen Meinung über zu milde Bestrafung unerhörter Kindermißhandlungen soll benutzt werden, um ein Ausnahmegesetz gegen die Presse durchzubringen. Die Regierung verkoppelt miteinander eine Ley Bergmann, die im Anschluß an einen aufsehenerregenden Kindermißhandlungsprozeß, der wieder einmal mit lächerlich niedriger Bestrafung endete, die Mißhandlung hilfloser Personen unter etwas strengere Strafe stellt und eine Ley Eulenburg, die sogenannte Beleidigungen mit geradezu drakonischen Strafen belegt. Rechnen wir zu dieser Ley Eulenburg die pressefeindlichen Bestimmungen des ersten Justizgesetzes, so bleibt kein Zweifel übrig, daß wir es hier mit einem kleinen Ausnahmengesetz gegen die Presse und in letzter Linie mit einem kleinen Sozialistengesetz zu tun haben. Unsere Partei ist, wie Genosse Heine aussprach, durchaus bereit, die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Kinder- und Tierquälerei wohlwollend zu prüfen, lehnt es aber auf das allerentschiedenste ab, die Ley Eulenburg auch nur der Ehre einer Diskussion zu würdigen. Die Redner der übrigen Parteien zum zweiten Justizgesetz beugten sich meist mit kurzen Erklärungen, in welchen sie auf die Debatten in der vorigen Session hinwiesen, in der bekanntlich bereits dieses Gesetz vorlag. Interessant war die Bemerkung des Staatssekretärs Lisco, daß der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches wohl noch nicht allzu bald dem Reichstage vorgelegt werden wird. Die unerhörte Ley Eulenburg scheint übrigens auch auf liberaler Seite auf starken Widerstand zu stoßen. Hoffentlich hält diese Stimmung an.

Das Gesetz über die Haftung des Reiches für seine Beamten wanderte nach sehr kurzer und mehr formeller Debatte an eine Kommission. Natürlich wurde auch über die Justizgesetze Kommissionsberatung beschlossen. — Am heutigen Montag stehen Interpellationen auf der Tagesordnung.

Das preussische Abgeordnetenhaus

wählte am Sonnabend sein bisheriges Präsidium durch Zutritt wieder und trat sodann in die erste Lesung des Etats ein. Die Beratung begann mit einer Rede des konservativen Abgeordneten v. Pappenheim, in der er dem neuen Ministerpräsidenten das Vertrauen seiner Freunde, aber auch gleichzeitig den Wunsch aussprach, es möge möglichst bald ein Vizepräsident des Staatsministeriums ernannt werden, weil der Ministerpräsident durch seine Geschäfte als Reichskanzler zu sehr in Anspruch genommen sei. Bezüglich der angekündigten Wahlrechtsreform bezog sich der Redner auf die bekannte Stellung seiner Freunde. Einen scharfen Riffel erteilte er unter schallendem Gelächter der Linken der preussischen Regierung, weil sie nicht genug zur Aufklärung des Volkes über die Reichsfinanzreform getan habe. Im weiteren Verlauf seiner Rede, in der sich Herr v. Pappenheim hauptsächlich mit Einzelheiten des Etats beschäftigte, kam er auch auf Schiffsabgaben zu sprechen, deren Einführung er warm befürwortet.

Bundesrat und Reichstag.

Dem Reichstag ist eine Übersicht der Entschlüsse des Bundesrats auf Beschlüsse des Reichstages zugegangen. Aus dem umfangreichen Aktenstück geht hervor, daß es dem Bundesrat zumeist nicht beliebt hat, den Beschlüssen des Reichstages beizutreten. So ist dem Reichstag, was die Sonntagsruhe in der Binnenhochseefahrt die Erwägungen über Errichtung eines Reichsarbeitsamtes sind noch nicht abgeschlossen; ein Entwurf über Unfallfürsorge für solche Personen, die bei der Rettung von Menschen verunglückt, ist ausgearbeitet, soll aber bis zur Erledigung der Versicherungsgesetze zurückgestellt werden; Erhebungen über die Frage der Gewährung von Darlehen für gemeinnützigen Wohnungsbau sind gemacht, werden aber keine gesetzlichen Maßnahmen zur Folge haben, da sie zu große Mittel erfordern; die Anstellung von Militärärzten ist nicht beabsichtigt; die Frage, den Abgeordneten das Recht des Berufsgewaltigen für Mittelungen, die ihre parlamentarische Tätigkeit betreffen, anzusprechen, ist noch in der Schwebe; den Wünschen auf Einrichtung von Beamtenauschüssen in Reichsbetrieben wird nicht Rechnung getragen, ein Bedürfnis soll nicht vorliegen; die Novelle zum Gesetz über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit befindet sich noch im Stadium der Erwägungen; ebenso ein Entwurf über Versicherung der Privatbeamten;

der Erlaß eines Reichsberggesetzes, sowie die reichsgesetzliche Regelung des Ruappschafswesens wird nicht beabsichtigt; über die Beschlüsse wegen Verrückter der Gehilfen von Rechtsanwaltschaften und der Angehörigen von Krankenkassen und Versicherungsanstalten finden Erörterungen statt; die Regelung des Strafvollzuges soll nicht vor der Reform des Strafrechtes erfolgen; die Postagenten erhalten die gewünschte Pensionskasse nicht; dem Verlangen, jährlich nur einmal Kontrollversammlungen abzuhalten, wurde nicht entsprochen, und eine Reform des militärischen Beschwerverechts ist nicht in Aussicht genommen; eine Umarbeitung des Militärstrafrechts soll erst angängig sein, wenn das Strafgesetzbuch erneuert ist; Militäurlauber erhalten keine freie Fahrt, und die Erhöhung des Soldatenlohns ist aus finanziellen Gründen abgelehnt worden.

Zündholzsyndikat.

Die Zündholzfabriken haben sich zu einem Verkaufssyndikat zusammengeschlossen, um die Preise höher zu treiben. Das Syndikat wird seinen Sitz in Dresden haben. Die nächste Folge wird die sein, daß entweder die Zündhölzer teurer werden, oder aber, daß der Inhalt der Zündholzschachteln vermindert wird. Diese unerhörte Preistreibelei ist dadurch möglich geworden, daß die Zündholzfabriken auf Jahre hinaus vor jeder Konkurrenz geschützt sind. Das Steuergesetz belegt nämlich neu entstehende Fabriken mit einer höheren Steuer und schaltet damit jede Konkurrenz aus. Vor Inkrafttreten der Steuer hat das Publikum seinen Bedarf auf lange Zeit gedeckt, dadurch mußte nun in den Zündholzfabriken eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die Arbeiter haben sich nun an den Reichstag mit der Bitte um Unterstützung gewendet, und die kartellierten Fabrikanten halten sich dadurch schadlos, daß sie das Publikum schröpfen.

Die sozialdemokratische Fraktion

des preussischen Abgeordnetenhauses hat zum Etat des Ministeriums des Innern eine Reihe von Anträgen eingebracht. Der eine bezieht sich auf die Aufhebung der politischen Geheimpolizei, ein anderer fordert, daß die Regierung dem Treiben der Beamten oder Agenten der politischen Polizei außerdeutscher Staaten ein Ende macht, ein dritter Antrag verlangt die Aufhebung des Vagabundengesetzes betreffend die Ausweisung von Inländern, und ein vierter die Aufhebung der §§ 9 und 10 des preussischen Preßgesetzes (Plakatgesetz).

Da es unserer Fraktion an der nötigen Zahl von Unterschriften fehlt, die zur Einbringung selbständiger Anträge nötig ist, muß sie sich mit Anträgen zum Etat begnügen.

Das Arbeitskammergesetz.

Das Arbeitskammergesetz hat im Bundesrat eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Nach einer halbamtlichen Meldung sollen die Aufgaben der Arbeitskammern erweitert worden sein nach der Richtung hin, daß sie auf Wunsch der Beteiligten bei Abschluß von Tarifverträgen mitwirken, ferner selbständige Umfragen über wirtschaftliche und gewerbliche Verhältnisse veranstalten können. Techniker, Werkmeister und Betriebsbeamte sollen der Kammer nicht unterstellt sein. Die Wählbarkeit solcher Personen, die einem Gewerbe nicht mehr angehören, wird nach wie vor abgelehnt. Es soll verhindert werden, daß Arbeitersekretäre und Vertrauensmänner der Gewerkschaften, die nicht mehr im Berufe sind, in die Kammer gewählt werden. Vom Interesse wertum unabhängige Männer will man nicht haben.

Die Reichsversicherungsordnung

hat in den Bundestratsausschüssen mancherlei Änderung erfahren hinsichtlich des Verfahrens bei der Feststellung der Renten. Diese Tätigkeit wurde für die Unfallversicherung den Berufsgenossenschaften, für die Invalidenversicherung den Landesversicherungsanstalten übertragen. Die Vorbereitung der Entscheidung ist für die Versicherungszweige verschieden geregelt. Für die Invalidenversicherung bleibt es bei dem bisherigen Verfahren, wie es insbesondere durch die Ausführungsordnung des preussischen Handelsministers geregelt ist; d. h. in allen wichtigeren Fällen findet eine mündliche Verhandlung vor dem Versicherungsamt und zwei Beisitzern unter Anhören des Rentenbewerbers sowie geeigneter Zeugen und Sachverständigen statt. Auf Grund dieser Verhandlung erteilt das so besetzte Versicherungsamt ein Gutachten an die Versicherungsanstalt, die dadurch zu einer sachgemäßen Entscheidung über den Rentenanspruch in den Stand gesetzt wird. Die Vorbereitung der Unfallsachen dagegen bleibt der Berufsgenossenschaft überlassen, die selbst örtliche Organe besitzt oder sich schaffen kann, um neben der Unfalluntersuchung der Ortspolizeibehörde die geeigneten weiteren Ermittlungen anzustellen. Hier greift die Tätigkeit des örtlichen Versicherungsamtes erst dann ein, wenn der Unfallverletzte den Bescheid der Berufsgenossenschaft anfechtet. In der Urfrage ist eine endgültige Entscheidung des Bundesrates noch nicht gefaßt.

Der wirtschaftliche Ausschuss

ist zum Montag, dem 24. Januar, behufs Erörterungen der handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie der französischen Zoll-erhöhungen nach dem Reichsamt des Innern einberufen worden.

Der Wahlfonds der Scharfmacher.

Die Verwaltung des politischen Korruptionsfonds, den die Scharfmacher angelegt haben, ist einem besonderen Ausschuss übertragen worden. Das der Fonds nur für scharfmacherische Zwecke verwendet wird, dafür bürgt die Zusammenfassung des Ausschusses. In den Vorsitz wurden gewählt: Rechtsanwalt Meyer, Vorsitzender des Vereins Deutscher Stahl- und Eisenindustrieller, Th. W. Schmid, Direktor der Bogländischen Spinnerei in Hof (Bayern) und G. Herle, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei. Ferner gehören dem Vorstand an: Geh. Bergrat Hilger und Müller, Direktor der Werke Stumm in Neunkirchen.

Die Lager-Aufnahme ist beendet!

Am Dienstag, 18. Januar

mit Oeffnung der Geschäftslokalitäten

beginnt der Verkauf der bei der **Inventur** zurückgesetzten Waren zu den bekannten, fabelhaft billigen Preisen.

Trotz der billigen Preise noch Lubeca-Rabattmarken.

- U. a.:
- Bessere Mädchen-Mützen Stück 15, 20 und 30 Pfg.
 - Wollene Kapotten und Mützen 10, 20 bis 40 Pfg.
 - Prima Damen-Schürzen aus Wiener Leinen, 140 cm breit, 95 Pfg.
 - Ein großer Posten besserer Damen-Prinzeßschürzen aus einer Muster-Kollektion jetzt 1.00 und 1.20 Mk.
 - Prima Normal-Hemden, so lange Vorrat, 1.00, 1.30, 1.45 Mk.
 - Ein großer Posten angeschmutzter Trikotagen Stück 60 Pfg. bis 1.— Mk. Wert 75% höher.
 - Knaben-Ledertuschschürzen Stück 15 Pfg.
 - Schlipse, Krawatten und Kragen Stück 5, 10, 15, 20 bis 35 Pfg.
 - Viele angeschmutzte Waren 10, 20, 30 und 50 Pfg.
 - Blaudruck-Reste für Küchenschürzen Stück 75 und 90 Pfg.
 - Schwere Augen-Drellhandtücher, 50 cm breit, Stück 35 Pfg., fertig genäht.
 - Ein Posten Drell-Tischtücher Stück 70, 90 Pfg., 1.— und 1.25 Mk.
 - Einige hundert Feudel, etwas verstäubt, jetzt 3 Stück sortiert für 40 Pfg.
- | | | | | |
|--|---------|------|------|----------|
| Großlädige Hemdentuch-Reste sehr preiswert | 2 m | 3 m | 5 m | 10 m |
| | 80 Pfg. | 1.20 | 2.00 | 4.00 Mk. |
- Kleinere Reste von Hemdentuch 30 bis 90 Pfg.
 - Schürzenstoff-, Velour- und Kleiderstoff-Reste von 35 Pfg. an.
 - Waschechte Tischdecken jetzt 1.00 Mk.
 - Gummi-Tischdecken jetzt 50 Pfg.
 - Biber-Betttücher jetzt Stück 1.20 und 1.60 Mk.
 - Große rote gesäumte Taschentücher 18 Pfg.
 - Prima Kinder-Schürzen in den Größen 45, 50, 55, 60, 65, 70 cm, durcheinander 95 Pfg. Wert bis 1.50 Mk.
 - Ein großer Posten Damen-Hemden, Vorder- u. Schulterschluß, St. 1.35, besonders preiswert.
 - Rosa gestrickte Damenjacken, etwas verstäubt, Stück 88 Pfg.
 - Damen-Blusen, auf Futter gearbeitet, in Wolle und Halbwohle, Stück 2.75 bis 3.50 Mk.
 - Eine Kollektion Damen-Handschuhe 10, 20 und 30 Pfg.
 - Eine Partie Steppdecken aus rotbraun Satin mit Trikotfutter jetzt 3.85 Mk.

Alle regulären Artikel

sind je nach Qualität und Muster mehr oder weniger im Preise herabgesetzt.
Z. B. Kleiderstoffe teilweise bis zur Hälfte.

Alle Damen- u. Kindermäntel sowie Pelzkragen

sind $\frac{1}{4}$ im Preise herabgesetzt.

In der Abteilung für Herren-Garderoben

sind die Preise gleichfalls

unglaublich herabgesetzt.

- U. a. seien genannt:
- Ca. 500 Buckskin-Herren-Hosen, jetzt 2.85 Mk. Wert 4.00 bis 5.00 Mk.
 - Ein Posten Buckskin-Herren-Westen, Stück 1.50 und 1.75 Mk.
 - Ein Posten Zwirn-Westen für Knaben, 40 Pfg.
 - Buckskin- und Cheviot-Reste jetzt 0.90 bis 2.00 Mk.
 - Gute Buckskin-Knaben-Anzüge, 1-6, zum Aussuchen, Stück 2.75 bis 5.00 Mk.
 - Ca. 200 Stück grau gestreifte Lederhosen, schwere Qualität, 2.50 Mk. Wert 3.45 Mk.
 - Grosser Posten prima Barchent-Hemden jetzt 95 Pfg., 1.10 und 1.35 Mk.
 - Restbestand von echten Isländern, Stück 2.00 Mk. Wert 6.00 Mk.
 - Grosser Posten wollener, gestrickter Unterhosen und Jacken für Knaben und Jünglinge, jetzt 50, 68, 75, 95 Pfg. Wert bis 2.50 Mk.
 - Gute dunkle Zwirnhosen, Jünglingsgrößen 1.35 Mk., Knabengrößen 50, 60 und 75 Pfg.
 - Prima Barchent-Knaben-Hemden, 50-70 cm lang, 40, 50 und 60 Pfg.
 - Eine kleine Partie Herren-Mützen, etwas verblichen, 10 bis 30 Pfg.

Alle besseren Anzüge, Lodenjoppen, Paletots etc.

sind während des Ausverkaufs bedeutend billiger.

Ein Teil der Ausverkaufsware liegt in den Schaufenstern
an der Kohlmarktseite zur Ansicht aus.

Trotzdem von allen Artikeln grosse Mengen vorrätig sind, empfiehlt sich,
die Gelegenheit schnellstens zu benutzen.

Otto Albers

Kohlmarkt 10.

Markt 4.

Inventur-Ausverkauf

vom 16. bis 30. Januar.

L. Duve, Große Burgstraße 32.

Manufaktur- und Aussteuer-Geschäft.
Bitte Preise im Schaufenster beachten. Note Rabattmarken.

Inventur-Ausverkauf

Schuhwarenhaus F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Restbestände bis zur Hälfte herabgesetzt.

ES IST NICHT EINERLEI



wo Sie Ihre Nähmaschinen, Fahrräder oder deren Ersatz- u. Zubehörteile kaufen.
Kaufen Sie nicht bei der anerkannt soliden Firma
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15.

Telefon 1685.

Eachverständige Bedienung, billigste Preise, weitgehendste Garantie.
Auf Wunsch Teilzahlung.

Knorr's Grünkern-Mehl
gibt Suppen hochfeinen aromatischen Geschmack.

Knorr's Suppen

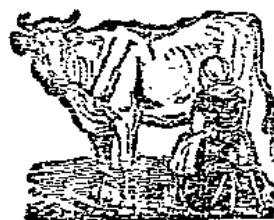
fix und fertig - 3 Teller 10 Pfg.

Jedes Paket enthält 1 G.

Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Zuschneideturmus!

Beabsichtige ab Dienstag, den 18. d. M., einen Zuschneideturmus zu geben.
Respektanten wollen sich gefl. melden: Altendornstraße 34.
Rob. Boog.



Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. 1.40 Mk.

Vortragskurse für Arbeiter.

Dienstag, den 18. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Fünfter Rühle-Abend im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Eintrittskarten sind am Eingang zu haben.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein

Die Kartellkommission.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 19. Januar abends 8 Uhr.

in der Stadthalle: 15. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister Hermann Abendroth.

Solist: Das Waldhornquartett.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Phantasie aus „La Traviata“ G. Verdi.

Ouverture zu „Zampa“ L. Herold.

Poipourri aus „Fra Diavolo“ F. Auber.

Künstlerleben, Walzer J. Strauß.
Programm in Lübecker Konzert-Anzeiger.

Achtung!

Hafenarbeiter!

Die gemeinschaftl. Mitgliederversammlung findet des Vortragsabends halber nicht am Dienstag, den 18. Jan., sondern am Sonnabend, 22. Jan., im Gewerkschaftshaus statt.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Täglich 8 1/4 Uhr:

Des Riesenerfolgs halber prolongiertes Gastspiel

Donnerwetter tadellos.

Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. Julius Freund. Musik von Paul Lincke.

3 große Balletts

Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 18. Januar. 7 1/2 Uhr.

Die Zauberflöte.

Oper von Mozart.

Mittwoch, 19. Januar. Nachm. 2 1/4 Uhr.

Über Nachmittags-Bühne.

Einmaliges Gastspiel des französischen Ensembles (Repräsentation classiques françaises).

Directeur: A. Roubaud.

Der Geizige (L'Avare).

Lustspiel von Moliere.
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Zuweilen nicht.
Lustsp. v. Büntenthal u. Kadelburg.

Die wirtschaftliche Krise und die Krankenversicherung.

Jetzt endlich ist der Band der „Statistik des Deutschen Reiches“ erschienen, der die Krankenversicherung im Jahre 1908 behandelt, und aus dem bisher nur die „Hauptergebnisse“ bekannt waren. Das gesamte Zahlenmaterial ermöglicht einen Einblick in die Art, wie die wirtschaftliche Krise im Jahre 1908 auf die Krankenversicherung eingewirkt hat.

Die Zahl der Personen, die auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes versichert sind, — mit Ausnahme der Mitglieder der Knappschaftskassen — ist, wie bisher, so auch im Jahre 1908 gestiegen und zwar von 12,1 Millionen im Vorjahre auf 12,3 Millionen. Jedoch ist die Zunahme im dem letzten Jahre nur halb so groß, wie sie im Jahre 1907 und 1906 gewesen ist.

Ganz besonders interessant ist ein Vergleich der durchschnittlichen Mitgliederzahl mit der Mitgliederzahl am Jahresabschluss. Die erste Zahl ist stets größer als die letzte. Das erklärt sich daraus, daß regelmäßig am Schlusse des Jahres ein Teil der Arbeiter infolge der für ihr Gewerbe ungünstigen Jahreszeit außer Arbeit kommt. Die Differenz betrug in den Jahren 1904—1909 zwischen 244 000 und 290 000. Sie stieg im Jahre 1907 auf 417 000 und im Jahre 1908 sogar auf 549 000. Auch relativ ist sie größer geworden: sie war 2,2 Proz. im Jahre 1906, 3,6 Proz. im Jahre 1907 und 4,7 Proz. im Jahre 1908. Hier zeigt sich aufs klarste, daß eine außergewöhnlich große Zahl von Arbeitern am Schlusse des Jahres arbeitslos gewesen ist — fraglos infolge der wirtschaftlichen Krise. Dabei ist zu beachten, daß ein Teil der arbeitslosen Arbeiter verständlich genug ist, freiwillig Mitglied in der Kasse zu bleiben. Demnach ist selbstverständlich die Zahl der arbeitslosen Arbeiter tatsächlich noch viel größer. Für uns kommt es nur darauf an, nachzuweisen, daß infolge der wirtschaftlichen Krise Tausende von Arbeitern nicht nur Arbeit und Verdienst, sondern auch die Mitgliedschaft in ihrer Krankenkasse und damit den Anspruch auf Unterstützung im Falle einer Krankheit verloren haben.

Dazu kommt, daß die weiblichen Mitglieder eine immer größere Bedeutung für die Krankenkassen gewinnen. Auf 100 männliche Mitglieder kamen weibliche: 33,9 im Jahre 1905, 34,4 im Jahre 1906, 35,4 im Jahre 1907, und 36,5 im Jahre 1908. Das letzte Jahr zeichnet sich durch ein verhältnismäßig starkes Vordringen der weiblichen Mitglieder aus. Dabei wirkt der Umstand mit, daß im letzten Jahre mancher Unternehmer, der infolge der wirtschaftlichen Krise seinen Betrieb einschränken mußte, möglichst die teuren männlichen Arbeiter entließ und sich mit Arbeiterinnen einrichtete.

Die Zunahme in der Zahl der weiblichen Mitglieder hat aber auf die Finanzen der Krankenkassen eingewirkt. Die Krankheitskosten sind in den beiden letzten Jahren sehr gestiegen. Sie betragen pro Kopf der Mitglieder: 19,97 im Jahre 1904, 20,76 im Jahre 1905, 20,68 im Jahre 1906, 22,56 im Jahre 1907 und 24,13 im Jahre 1908.

Diese Steigerung ist auf mehrere Umstände zurückzuführen. Zunächst sind die Erkrankungsfälle häufiger geworden. Auf je 100 Kassenmitglieder kamen seit 1888 bis vor 2 Jahren weniger als

40 Erkrankungsfälle. Dagegen stieg der Satz im Jahre 1907 auf 40,8 und im Jahre 1908 sogar auf 42,2. Auch diese Zunahme ist zu einem Teile der wirtschaftlichen Krise zuzuschreiben. Ein arbeitsloser oder nicht voll beschäftigter Arbeiter wird sich selbstverständlich eher einer notwendigen Kur unterziehen, als ein vollbeschäftigter Arbeiter, der befürchtet, durch die Krankmeldung seine Arbeitsstelle zu verlieren oder doch erhebliche Einbuße an seinem Einkommen zu erleiden.

Ähnlich verhält es sich mit den Krankheitsstagen. Auf je 100 Mitglieder kamen 748,1 Krankheitsstage im Jahre 1906, 800,3 im Jahre 1907 und 843,0 im Jahre 1908. Hier zeigt sich außerdem ein sehr wichtiger Unterschied zwischen den Zahlen für männliche Arbeiter und für Arbeiterinnen. Es kommen nämlich beträchtlich mehr Krankheitsstage auf die weiblichen Mitglieder als auf die männlichen. So stellte sich im Jahre 1908 der Satz für männliche Mitglieder auf 836,6, für weibliche Mitglieder dagegen auf 860,7. Hieraus ergibt sich, daß, wenn alles andere gleich bleibt, die Krankenversicherung um so teurer wird, je mehr weibliche Mitglieder in den Kassen sind. Und diese Entwicklung hat sich gerade in den letzten Jahren unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise vollzogen.

Endlich sei auf die Höhe der Kassenbeiträge hingewiesen. Trotz der schwierigen Verhältnisse, die sich für die Krankenversicherung aus der wirtschaftlichen Krise ergeben, tritt auch in dieser Zeit das Bestreben der Arbeiter deutlich hervor, immer größere Opfer zu bringen, um die Leistungen der Krankenversicherung zu erhöhen. Denn die Zahl der Kassen, die bis 1½ Proz. und von 1½ bis 2 Proz. des Lohnes als Beiträge für die Krankenkassen erheben, ist kleiner geworden, dagegen die Zahl der Kassen mit höheren Beiträgen größer geworden. Trotzdem wollen unsere Gegner bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in ihren Krankenkassen entreißen und sie dafür in der Beitragszahlung „entlasten“. Die Opferfreudigkeit der Arbeiter für ihre Kassen sogar während der wirtschaftlichen Krise zeigt, daß die Arbeiter gänzlich den Wunsch haben, sich ein ihrer wichtigsten Rechte für eine solche — Entlastung abzusichern zu lassen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 15. Januar 1910.

17. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Visco.

Die kleinen Justizgesetze.

Abg. Stadthagen (SD): Die formellen Schönheiten des Entwurfs haben einen sehr unangenehmen Beigeschmack, er geht mit außerordentlicher Eleganz an den Klagen über die schlechte Justiz vorbei. Ein bekannter Strafrechtler sagt: Daß das Streiftuch immer mehr gebraucht würde als Waage gegenüber den aufstrebenden Klassen, und der vorliegende Entwurf hat vollauf diese Richtung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Er ebnet noch weiter die Bahn für eine reine Klassenjustiz. Der Wunsch des Abg. Heine, der Richter müsse charaktervoll und selbständig sein, unterschreiben wir, fügen aber hinzu, vor allem muß er unabhängig sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Frage hätte der Entwurf in den Vordergrund stellen müssen. Anstatt dessen ist die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, daß die Richter nur „zuverlässig“ sind! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Konzessionen des Entwurfs sind nichts als Scheinkonzessionen. Daß die Staatsanwaltschaft ein unabhän-

giges Organ ist, gleichgültig, ob das Legalitätsprinzip jetzt erweitert oder vermindert werden soll, das wird niemand behaupten wollen. Die Staatsanwaltschaft ist auf jeden Fall ein Fremdkörper in einem System, das Gerechtigkeit will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Heute ist es so, daß die Verwaltungsbehörde den ganzen Strafprozeß geradezu beherrscht. Durch die Hineinschiebung der Staatsanwaltschaft werden mit Notwendigkeit die Richter moralisch degradiert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Lappalien nicht bestraft werden sollen, auch wir wünschen das nicht, warum wird dann nicht der Weg beschritten, sie ganz auszuwischen? Aber es handelt sich bei allen Bestimmungen, die der Staatsanwaltschaft die Entscheidung überlassen, nur immer darum, ob es gegen die Arbeiter geht. Es handelt sich z. B. um Verletzungen der Vorschriften über den Ladenschluß und die Sonntagsruhe, weiter um unzulässige Lohnzüge. Sind Sie der Ansicht, daß man Unterschlagungen von 1 Pfennig verfolgt, wenn die Unterschlagung nicht gegen einen Arbeiter verübt wird, daß man aber Unterschlagungen von 10 Mark nicht verfolgt, wenn die Unterschlagung gegen einen Arbeiter gerichtet ist, schön, dann sagen Sie das offen und ehrlich. Bei einer ganzen Reihe von Verletzungen der Arbeitergesetzbestimmungen erhält der Staatsanwalt das Recht, Anklage zu erheben oder nicht. Wenn Sie diese Bestimmungen nicht billigen, dann müssen Sie sie beseitigen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade heute werden Lappalien oft verfolgt, wo es keineswegs notwendig ist. Ich erinnere nur an den einen Fall, wo drei vollständig unbescholtene Arbeiter der Eisenbahnverwaltung ganz unnötigerweise vor Gericht geschleppt wurden, weil sie beim Schienenreinigen ein Weichsiegelfas auf ihren Wagen geworfen hatten. Solche Anklagen können das Mißtrauen gegen die Justiz nur stärken. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Innerhalb einer Gesellschaft, in welcher der Klassenkampf herrscht, können wir unabhängige Richter allerdings nicht haben. Die Richter stehen ja bei uns gewissermaßen unter Polizeiaufsicht. Erklärte doch der Präsident des ostpreussischen Oberlandesgerichts von Holleben, daß er die Richter durch Gendarmen und den Landrat überwachen lasse. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.) Wir werfen der Richterschaft nicht bewußte Rechtsbeugung vor; wir betonen immer wieder, daß es sich zumest um eine unbewußte, aus dem Klassenstandpunkt entspringende Parteilichkeit handelt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Anstatt so viel von der Einschränkung der Anklageerhebungen zu reden, beseitige man zunächst einmal den ganzen Wulst von Gesetzen und Verordnungen, die sich mit Lappalien beschäftigen. Da bestehen z. B. ganz vorläufige Bestimmungen über das Plakatwesen. Für gewöhnlich werden sie nicht angewandt, manchmal aber doch, und dann natürlich nur gegen unsere Partei. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eigentümlich sind auch oft die Urteile, z. B. ist die Jagd keine Störung der Sonntagsruhe, weil das Tragen eines Gewehres keine Arbeit sei. Dagegen ist das Tragen von Flugblättern an Sonntagen — sozialdemokratischer natürlich — als öffentlich bemerkbare Arbeit betrachtet worden. (Hört, b. d. Soz.) So was kann nur ein Mann fertig bringen, der vom Wesen wirklicher Arbeit auch nicht den geringsten Begriff hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Gleichheit vor dem Gesetze steht eben nur auf dem Papier. (Sehr wahr! b. d. Soz.), wenn ein Gendarm für 40 Söbelhiebe und das Abschlagen eines Armes, also für brutale Rohheiten ohnegleichen (Lebh. Just. b. d. Soz.) ganze 30 Mt. Strafe erhält, (lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) und der Staatsanwalt sogar noch die Klage „mit lebhaftem Bedauern“ erhebt. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.) Wirkliche Abhilfe kann nur die strenge Durchführung der Übertragung der Rechtspflege an Richter aus allen Schichten des Volkes bringen. Weit entfernt, dieser Forderung entgegen zu kommen, will nun der Entwurf eine große Anzahl von Fällen der Entscheidung eines einzigen Amtsrichters übertragen. Das bedeutet für diese Fälle einfach die Aufhebung der Rechtsgarantien. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ferner trachtet man darnach, die Kompetenz der Schwurgerichte einzuschränken. Teils durch die Praxis, teils durch Gesetz sind weite Kreise der Bevölkerung, die Arbeiterschaft,

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walster.

146. Fortsetzung.

„Sie haben Ihre Worte damals sehr schlaue, beinahe jesuitisch geseht, Herr Doktor“, bemerkte der ehemalige Minister mit ziemlich bitterem Tone.

„Bei Gott nicht, ich sagte, was ich dachte und wie ich's dachte. Ein Vertrag ward nicht geschlossen, keine Leistung von Ihrer Seite liegt vor, wenigstens keine Leistung in Blut getaucht. Sie ließen die Arbeiter ihr Blut verspritzen, um eine Partei, die Ihnen mit Recht verhaßt war, zu stützen. Hätten Sie und Ihre Partei mit uns gekämpft auf der Barrikade, wir müßten mit Ihnen ehrlich abrechnen. Dem ist nicht so; wir standen allein und es ist besser so, denn alle Konzessionen, die wir Ihnen aus Rücksichten der Treue und Ehrlichkeit zugestehen müssen und nicht aus innerer Überzeugung, würden über kurz oder lang doch wieder zu einem Kampfe führen.“

„Und somit sind Sie fest entschlossen, Ihre Erfolge bis aufs äußerste zu verfolgen?“ fragte der König mit finsterner Miene.

„Wir dürften nicht anders, selbst wenn wir wollten“, entgegnete Lange gelassen.

„Haben Sie bedacht, daß sich die Lage wenden, daß Sie bei erneutem Ausbruch der Feindseligkeiten alles, bedenken Sie, alles verlieren können?“

„Dahin ist uns nicht bange, Majestät. Die Arbeiter sind seit undenklichen Zeiten zu Prügelungen der Launen und Leidenschaften ihrer Herrscher oder der privilegierten Klassen verbraucht worden, Millionen von Leben sind da für fremde, ja arbeiterfeindliche Zwecke auf den Schlachtfeldern ohne Gewissensbisse geopfert worden; warum soll der Arbeiter weniger Mut entwickeln, wenn er einmal für sich, seine Interessen, für die Seinen und die künftigen Generationen, ja für die höchsten Ziele der Menschheit die Waffen ergreift? Und was unsere Ideen betrifft, so sind sie in keiner Schlacht zu schlagen, durch keine Verfolgung zu erschüttern, sie wachsen bei allen Verfolgungen nur kräftiger wie die Bäume im Sturm. Den Sozialismus ritten Sie nur mit dem letzten Arbeiter aus, und wenn das jemals geschehen könnte, müssen die privilegierten Stände Arbeiter werden, da gingen auch die sozialen Kämpfe wieder von neuem los.“

„Aber so lassen Sie doch hören, was wollen Sie jetzt, wenn wir Ihnen das Feld räumen, für Gesetze diktieren?“ fragte der König bitter. „Republik proklamieren? das Eigentum konfiszieren?“

„Entschuldigen Sie, Majestät, hier kann vom Diktieren nicht die Rede sein. Welches Recht hätten wir dazu? Sobald die Waffen ruhen, werden wir unsere Diktatur niederzulegen und das Volk zur Wahl eines allgemeinen Parlaments aufzufordern haben, welches die neuen Landesgesetze beraten wird. Aber diese neuen Gesetze stimmt das gesamte Volk in Urabstimmung ab, genehmigt oder verwirft, in welchem letzteren Falle die Vorschläge der Minoritäten zur Urabstimmung gelangen. Zur Wahl aber, wie zur Urabstimmung, sind alle Staatsbürger und folglich alle Parteien gleichmäßig berechtigt, es ist dabei jedem Gelegenheit gegeben, für seine Ideen eine Majorität zu erringen, und es wird sich zeigen, welche Verfassungsbestimmungen und Gesetze die meisten Verehrer finden.“

„Und in der Zwischenzeit?“

„In der Zwischenzeit wird alles in seinem bisherigen Zustande zu verbleiben haben, nur daß die Waffen niedergelegt werden.“

„Und wer soll einstweilen die Regierung führen?“

„Es wird einstweilen nicht viel zu regieren sein, da das Volk souverän ist. Die bisherigen Staatsbeamten fungieren einstweilen fort, und nur für die oberste Direktion sind wir erbötig, eine gemischte Kommission, deren Mitglieder zur Hälfte wir und zur Hälfte Sie bestimmen, anzunehmen.“

„Und die Eigentumsverhältnisse?“

„Bleiben während des Provisoriums unverändert und werden, dafür bürgt der gesunde Sinn des Volkes, nach den Grundsätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit geregelt. Ein revolutionäres Volk ist keine Räuberschar, so ein Volk nimmt sich nur das Recht, einem unerhörten, schreienden Ausbeutungssystem gebührende Schranken zu setzen.“

„Wollen die Herren ein Viertelstündchen verziehen, bis ich mit meinen Räten nochmals Rücksprache gepflogen?“ bemerkte der König.

„Es ist unsere Pflicht“, erwiderte Lange, der, als der Monarch sich entfernt hatte, die Stirn mit dem Zuge trauerte und zu den Freunden meinte: „Handelte es sich nicht um das Leben von Hunderttausenden, ich hätte nicht Kraft genug, an dieser Stelle auszuhalten. Aber was glaubt Ihr, wird der Ausgang dieser Beratung sein?“

„Er wird den Frieden vorziehen, denn der kommandierende General kann nicht anders, als den Kampf verweigern“, meinte Franke. „Verstärkungen können den

Truppen nicht mehr zukommen. Unsere Hilfsmittel dagegen sind beinahe erschöpft.“

„Wir können die günstigsten Umstände nicht genug preisen“, meinte Reinisch, die es uns ermöglichen, die Hauptstadt so zu isolieren, wie sie es gegenwärtig ist. Ein Rückzug der Truppen ist beinahe undenkbar, denn ringsum ist das Landvolk aufgestanden, alle Dörfer sind verbarrikadiert, alle Wege verlegt und bedroht, der Kavallerie aber unzugänglich gemacht.“

„Das ist die Frucht unserer Proklamationen“, bemerkte Heine, der Landmann weiß jetzt, daß ihn mit uns ein solidarisches Interesse vereint.“

In diesem Augenblick durchschritt ein ganz von Staub bedeckter Adjutant das Zimmer und verschwand durch die Tür, durch welche sich der König mit seinen Räten zurückgezogen hatte.

„Der sah nicht aus, als bräuchte er dem Könige eine solche Nachricht“, meinte Reinisch.

Lange wurde in demselben Augenblicke durch einen Adjutanten oder Ordnonanzoffizier des Königs herausgerufen. Als er zurückkehrte, strahlten seine Augen Sieg:

„Triumph!“ rief er den erwartungslosen Bundesgenossen und Fremden zu: „Die Freiheit ist für dieses Mal gerettet. Wiesner läßt uns wissen, daß wir durch keine äußeren Rücksichten mehr in unseren freien Überzeugungen und Wünschen beeinflusst zu lassen. Oben auf dem Jacobberge ist alsbald nach Verkündigung der Waffenruhe von unseren braven Artilleristen die weiße Fahne aufgezogen worden. Der kommandierende General hat zwar sofort einige Bataillone Infanterie den Berg hinaufsenden wollen, aber Wiesner hat ihm sofort zu wissen getan, daß bei der geringsten Bewegung der Truppen nach jener Höhe der Kampf auf der ganzen Linie beginnen würde. Der Adjutant, den wir nach dem Kabinett des Königs eilen sahen, hat unstreitig dieselbe Nachricht gebracht und uns damit viel unangenehme Mühe erspart.“

„Hoch lebe die brave Artillerie, hoch die militärische Intelligenz!“ rief Franke mit Enthusiasmus, und die anderen hatten Not und Mühe, ihm begreiflich zu machen, daß dieser Ruf überall besser angebracht sei, als in einem Empfangszimmer des Königs.

Endlich erschien der König wieder. Er sah sehr niedergeschlagen aus, seine Räte nicht minder.

„Meine Herren“, begann er, „ich habe mich befehlen lassen, daß ein weiterer Kampf ungemein blutig und unsicher zu berechnenden Ausgang sein würde. Unter solchen Umständen gebe ich der Stimme der Menschlichkeit Gehör und lege die Waffen nieder, unter der Bedingung, daß bis

die Volksschullehrer, die ganze weibliche Bevölkerung von der Zuziehung ausgeschlossen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sehr bedenklich ist auch die Art, wie die Schöffen ausgewählt werden. Unter zuverlässigen Schöffen versteht doch der Herr Justizminister gewiß politisch zuverlässige, also je nachdem die Regierung schwarz oder blaueschwarz ist sollen auch die Schöffen schwarz oder blaueschwarz sein, das Volk aber will unabhängige und freie Schöffen, aus freier Wahl hervorgegangen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Bezüglich der Berufung müssen wir verlangen, daß sie lediglich dem Angeklagten zustehen soll. Warum soll denn, wenn ein unabhängiges Gericht seiner ethischen Meinung nach auf Freispruch erkannt hat, ein Beamter, ein Polizeimensch kommen, und erklären dürfen: Das war nur ein Gutachten. Ich appelliere an die höhere Instanz. Jedenfalls müßten in solchem Falle neue Tatsachen vorliegen. — Eine Verschlechterung erblicke ich auch darin, daß nunmehr in der Berufungsinstanz an Stelle eines Fünfmännerkollegiums das berühmte Dreimännerkollegium treten und fungieren soll. Das ist ein außerordentlicher Nachteil für den Angeklagten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Bestimmungen über die Untersuchungshaft weisen keine andere Verbesserung gegen die früheren auf als vielleicht ein besseres Domicil. (Weiterkeit.) Möglichst sind sie noch eine Verschlechterung. Ich erinnere nur an den Auspruch: Der Mißbrauch der Untersuchungshaft treibt jährlich tausende getreuer Staatsbürger in die Arme der Sozialdemokratie. Bezüglich der Jugendgerichte erkenne ich gerne an, daß der Entwurf den Fragen die Berechtigung nicht versagt, die sich damit befassen, wie die Behandlung der Jugendlichen geändert werden könne. Man scheint zur Erkenntnis zu kommen, daß die Gesellschaft der eigentliche Verbrecher ist, und daß dafür das arme Mitglied derselben bestraft wird. Vor allem sollte das Alter der Strafbarkeit auf 16 Jahre hinaufgesetzt werden. Die Staatsanwälte sollten nicht länger das Recht haben, darüber zu erkennen, was mit den jugendlich Verurteilten zu geschehen hat. Die richtige Instanz ist die Vormundschaft, und ich bitte dringend, diese Frage zu erwägen. Die Erziehungsanstalten sind höchst unzuverlässig, ich erinnere an die barbarischen hundsfortlichen Greuelthaten, die da verübt wurden, ich erinnere an die Kolanbergsche Anstalt und die Vorgänge in Mielezn. (Beifall b. d. Soz.) Einige Worte noch über die Stellung der Presse. Sie erfährt durch den Entwurf eine Verschlechterung. Schon durch das schleunige Verfahren, das darin besteht, daß ein Redakteur ohne Zustimmung einer Klage vor den Richter gezerrt wird. Dilem Automobilt tempo muß ein Kegel vorgeschoben werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Recht der Zeugnisverweigerung sollte in allen Fällen eingeräumt werden, wo eine moralische Pflicht zur Verschwiegenheit vorliegt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Wie in den früheren Jahren werden wir versuchen, in der Kommission Vorschläge zur Beseitigung der erheblichsten Mängel zu machen. Ich hoffe, daß Sie sich insbesondere zu dem Gedanken freudlich stellen, daß wirklich unabhängige Laien in vermehrtem und sogar ausschließlicher Weise berufen werden. Von neuem will ich den Herren in Erinnerung rufen, daß der Entwurf ein Produkt einer Kommission ist, in der alle Parteien außer der Sozialdemokratie vertreten waren, die also die Aufgabe hatte, ein Instrument der Klassenjustiz zu schaffen. Ich möchte Ihnen warnend zurufen: Überprüfen Sie die Klassenjustiz nicht! Hämmern Sie dem Volke nicht die Erkenntnis ein, daß die Justiz nicht nur Vertrauen nicht verdient, sondern daß sie auch feilschen will, weil Justiz und Gerechtigkeit zwei verschiedene Begriffe sein sollen. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

missionen reden. Was die Auswahl der Laien anbelangt, so bin ich selbstverständlich dafür, daß sie allen Berufen entnommen werden. Es wird das Vertrauen in die Justiz fördern, wenn auch mal ein Arbeiter als Schöffe fungiert. Selbstverständlich müssen solche Arbeiter nicht „zuverlässig“ sein, sondern sie müssen unabhängig und sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein.

Graf (Wirtsch. Bgg.) polemisiert gegen Stadthagen, bedauert die Freisprechungen des „Simplizissimus“ in Süddeutschland und wendet sich gegen die Ausdehnung der Kompetenz der Schwurgerichte auf Verbrechen, hält es andererseits aber für bedenklich, bei der Beurteilung der sogenannten Übertretungen die Laienmitwirkung ganz auszuschließen. Dr. Brunstermann (Kp.) spricht sich für Befegung der Strafkammern mit einem Richter und vier Schöffen statt mit zwei Richtern und drei Schöffen aus.

Dr. Ablass (Kp.) spricht für die Zuziehung der Frauen zum Schöffenamte, besonders zu den Jugendgerichtshöfen, sowie für die Wahrung der Öffentlichkeit bei Verleumdungsprozessen. Die Erhebung der Anklagen dürfe nicht in das Ermessen des Staatsanwalts gestellt werden. Der Bericht liegt nahe, daß dann Sozialdemokraten und wohl auch Freisinnige mit etwas anderem Maße gemessen werden als Thron- und Altarstößen. (Sehr wahr! links.) Dringend nötig sei es auch, den Nichtgottgläubigen eine andere Form des Eides zu ermöglichen. Philosophische Überzeugung verdiene dieselbe Berücksichtigung wie religiöses Gefühl. Die Bestimmungen über das Wiederaufnahmeverfahren sind eine unlegbare Verschlechterung, aber im allgemeinen sei der Entwurf eine Grundlage, aus der sich etwas machen lasse. (Lebh. Beifall links.)

Hiermit schließt die Diskussion über die Strafprozeßordnung. Stadthagen (SD. [persönlich]): Der Herr Staatssekretär hat mich mißverstanden, indem er meinte, ich sei für eine Einschränkung des Legalitätsprinzips eingetreten. Ich bin für die Beseitigung der Staatsanwaltschaft überhaupt eingetreten.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Änderung des Strafgesetzbuches (Kleine Strafgesetznovelle).

Staatssekretär Lisco: Der Entwurf ist schon in der vorigen Session dem Reichstage unterbreitet worden. Bedenken haben die Bestimmungen über Strafverschärfungen wegen Verleumdungen erregt. Den berechtigten Interessen der Presse soll nicht zu nahe getreten werden, doch ist nicht zu leugnen, daß in der letzten Zeit sich eine gewisse Sorte von Menschen entwickelt hat, die das Schmalhaken gewerbsmäßig betreiben. (Rufe bei den Sozialdem.: „Die Wahrheit“.)

Engelen (Ztr.) und Dr. Heinze (Kp.) sprechen sich im allgemeinen für Annahme des Entwurfes aus. Dr. Müller-Weinigen (Kp.) bittet dringend, die Bestimmungen über Verleumdung und Erpreßung zurückzustellen, über die sich keine Einigung erzielen lassen. (Beifall links.)

Heine (SD.): Das Gesetz als Ganzes betrachtet, ergibt eine erhebliche Unterbilanz. Gutem und Treflichem sind die Bestimmungen über Verleumdungen angehängt, die derartig streng sind, daß man das ganze Gesetz verwerfen muß, wenn sie nicht abgetrennt werden. Als praktischer Kriminalist habe ich natürlich den Wunsch, die Verbesserungen möglichst schnell jedem Angeklagten zugute kommen zu lassen. Als Jurist und Mitglied des Reichstags habe ich aber große Bedenken, die Begriffsbestimmungen gewisser Gesetze so schrittweise unzubauen. Ganz unannehmbar ist für meine Fraktion und für mich die Bestimmung über die Verleumdungen. Auf die Abstände, die aus der Beschränkung des Wahrheitsbeweises und der Öffentlichkeit erwachsen, ist schon bei der Beratung der Strafprozeßordnung eingegangen worden. Um die Revolverpresse zu bekämpfen, bedarf es nicht der vorgeschlagenen Änderungen. Man will mit großen Geldstrafen vorgehen. Was erreicht man aber damit bei Blättern vom Schlage der „Wahrheit“ und dem Blatte des verstorbenen Herrn Ahlwardt. Sie leben ja doch nur von Schulden und von dem, was sie anderen Leuten abschwindeln. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Ergebnis der Vorschläge würde nur sein, daß die kolossalsten Geldstrafen gegen die politische Presse verhängt werden, und das ist meines Erachtens auch der Zweck der Sache. Die öffentliche Kritik soll lahmgelagt werden, noch mehr als es zur Schande Deutschlands bereits geschieht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diesen ganzen Entwurf, die „Lex Gulenburg“, wie er mit Recht genannt ist, haben wir nur bekommen, weil gewisse

Erörterungen vor Gericht in hohen Kreisen peinlich berührt haben. Wir lehnen es entschieden ab, auch nur in eine Beratung der Bestimmungen über die Verleumdungen einzutreten. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Lisco: Der Entwurf ist eine Privatarbeit mehrerer Juristen. Die Regierung beabsichtigt erst Stellung zu nehmen, nachdem die Kritik sich geäußert hat.

Varenhorst (Kp.): Der Entwurf bringt erhebliche Fortschritte, geht mir aber noch nicht weit genug.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Entwurf wird der Kommission für die Strafprozeßordnung überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Haftung des Reiches für seine Beamten.

Staatssekretär Lisco: Auch dieser Entwurf hat schon dem Reichstage vorgelegen. Die zutage getretenen Wünsche werden wohl am besten in der Kommission erörtert.

Die Abg. Dr. Bitter (Z.), Glöse (K.), Dr. Junck (Kp.), Gylling (Kp.) befürworten Überweisung der Vorlage an eine Kommission.

Heine (S.) schließt sich diesem Wunsche an und betont, daß die reichsgesetzliche Regelung der Haftung des Staates für die Beamten eine alte Forderung der Sozialdemokratie sei.

Nach der Überweisung der Vorlage an eine 21 Gledrige Kommission verlegt sich das Haus auf Montag 1 Uhr.

Interpellationen über Privatbeamten-Versicherungen, Unterstützung der Tabakarbeiter, Vorgänge in Mansfeld. Schluß 3/4 Uhr.

Kommunales.

Miðwirtschaft in einer bürgerlichen Gemeindeverwaltung. In der Gemeinde Solenbergl im Herzogtum Braunschweig hatte sich der bisherige Gemeindevorsteher Dörries so zu seinem Vorteil in die Geschäfte der Gemeinde eingearbeitet, daß er von der Kreisdirection seines Postens enthoben werden mußte. Bei der folgenden Gemeindevorsteherwahl trat er dann als „nationaler“ Wahlagitor für seinen Schwager Brand auf, der vom Gemeinderat als Kandidat aufgestellt und bisher stellvertretender Gemeindevorsteher war. Bei der Gelegenheit haben sich beide der Wahlmogelei schuldig gemacht, weshalb sie jetzt in Braunschweig der Urkundenfälschung angeklagt vor Gericht stehen. Der bisherige Gemeindevorsteher hat die Frau eines auswärtigen arbeitenden Maurers veranlaßt, ihm eine Vollmacht ihres Mannes auszufertigen, damit D. für den Maurer wählen konnte. Dafür zahlte er der Frau 20 Mk. Vorzuschuß. Mit der Vollmacht gab er eine Stimme für seinen Schwager ab, der diese Mogelei als Wahlvorsteher auch gelten ließ. Dörries gab vor Gericht an, er habe das getan, um die Wahl des Sozialdemokraten Müller zu verhindern. Brand, der Wahlvorsteher und Kandidat, hat ebenfalls die Wahl eines Sozialdemokraten verhindern wollen, und hat nach der Wahl den Wahlakten eine richtige Vollmacht des Maurers beigefügt, um, wie er vor Gericht auslagte, seinen Schwager nicht hereinzureißen. Die Angeklagten wollen jedoch in Unkenntnis der Gesetze gehandelt haben, obgleich D. Ortsvorsteher und B. sein Stellvertreter war. Interessant war die Auslage des Gendarmen-Oberwachtmeisters. Er erklärte, D. habe als Ortsvorsteher Unfrieden gesät, und sein Amt so vernachlässigt, daß das Ortsvorsteheramt für den Nachfolger kein Ehrenamt, sondern eine Strafe sei. Die Kreisdirection habe ihn schließlich vom Amte entfernt. Auf den Sozialdemokraten Müller sei D. nicht gut zu sprechen, weil dieser von ihm als Vorsitzender der Krankenkasse die Zahlung der Rassenbeiträge verlangt habe. Müller habe den Ortsvorsteher Dörries selbst durch die Kreisdirection zwingen lassen müssen, die rückständigen Krankenkassenbeiträge zu zahlen. Dem früheren Krankenkassenvorstand Frohme habe Dörries 600 Mk. Krankenkassenbeiträge geschuldet. Auf Bitten Frohmes habe D. die 600 Mk. bezahlt, als eine Rassenrevision stattfinden sollte. Gleich nach der Revision aber habe sich D. das Geld wiedergeben lassen und Frohme bekomme es heute noch. Die beiden „Ordnungsmänner“ wurden von der Urkundenfälschung freigesprochen, obgleich die Wahlmogelei feststeht.

zum Zusammentritt des auf Grundlage des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewählten Parlamentes die Gesetze aufrecht erhalten werden und die Beamten unter Kontrolle der zu bestellenden Kommission fertamtieren. Dem Armeecommando ist bereits der Befehl zugegangen, die Armee zu entlassen, tun Sie dasselbe. Herr v. Hohenhausen wird sich mit Ihnen wegen Geschäftsführung und Zusammenlegung der Kommission in Verbindung setzen. Meine weiteren Entschlüsse behalte ich mir vor. Adieu, meine Herren, ich vertraue Ihrer Ehrlichkeit.“

Der König entfernte sich darauf mit schnellen Schritten und Herr von Hohenhausen kündigte seinen Besuch auf dem Rathause an, worauf er sich gleichfalls mit höflichem Gruß entfernte.

„So sind denn auch wir, meine Herren“, sprach Lange, „am Ende unserer Regierung angelangt, es wird uns leichter werden als dem Manne, der die Krone seiner Ahnen niedergelassen geht.“

„Wir wird das Niederlegen der Regierung erlänntlich leicht werden“, bemerkte Franke, „da ich noch nicht einmal Zeit gehabt, dieselbe anzutreten.“

„Sie haben noch einige Stunden Zeit dazu“, erwiderte Franke lächelnd.

„Es ist wahr, und diese werde ich benutzen, um mich ohne Zeremonien mit meiner Braut treuen zu lassen. Den Mann will ich sehen, der mir Schwierigkeiten macht.“

„Sie werden, Herr Franke, gefälligst diese Zeit wichtigeren Geschäften widmen — wichtiger, weil dringlicher, versteht sich von selbst“, bemerkte Lange, „wir begeben uns nach dem Rathause.“

„Wir auch recht“, gestand der Zutrittsgeleitene und folgte den übrigen.

Große Aufregung herrschte inzwischen in der Stadt; aber noch ehe die Mitglieder der revolutionären Regierung zurückgeführt, wurden die Truppen nach den Kasernen zurückgezogen und beurlaubt. Kein Gegner zeigte sich mehr der Volksmassen. Wiesner begab sich nach dem Rathause.

Gegen Abend erschien die Befehlsbefehlsung von dem, was geschehen war, an allen Straßenecken, und bald ertönten die Glocken aller Kirchen, die den ganzen Tag über Sturm geschlägelt, zum Friedensgeläute, während Wiesner allen Straßenkommandanten die Befehlsbefehlsung der Barrikaden und der jenigen Hindernisse des freien Verkehrs empfahl.

Fast schon den Freunden war noch ein fragliches

Abendbrot vor, aber Lange, von den aufregenden Arbeiten der letzten heißen Tage erschöpft und gepemigt durch seine Wunden, brach an der Schwelle des Sitzungssaales zusammen und vermochte nur die Worte zu flüstern:

„Mir ist elend zum Sterben.“

Bejorgt und erschrocken hoben ihn die Freunde auf und trugen ihn mittels einer herbeigeholten Tragebahre nach der Hindeisenfabrik, wo er der Behandlung eines Arztes und der Pflege zarterer Hände übergeben wurde.

19. Kapitel.

N a c h w e h e n .

Wer wenige Tage nach den eben erzählten Ereignissen die Hauptstadt betrat, der konnte wenig von den durch dieselben hinterlassenen Spuren entdecken, es sei denn, daß er an Orte kam, wo Gewehr- und Kartätschenfeuer oder das Aufspringen einer Barricade, das Abdecken eines Daches einen nicht so schnell zu beseitigenden Schaden angerichtet. Sonst waren die Straßen wieder glatt und frei, die Gläser hatten einige Tage zu schmelzen gehabt und nur wo auch der Tischler mit Hand anlegen mußte, verzögerte sich die Heilung. Maurer freilich konnten nicht genug kommen, um die so plötzlich von eifriger Hand mit einander in direkte Verbindung gebrachten Nachbarhäuser wieder von einander abzutrennen, und am längsten und lebhaftesten erinnerten wohl die täglichen Gespräche an ein Ereignis, welches schnell, wie es gekommen, auch wieder vorübergerauscht war, ohne eines der Schreckensphenomene zu verwickeln, mit denen man seine Phantasie erregt. Ruhig gingen die Arbeiter wieder zu den gewohnten Stunden an ihre Arbeit, und die Stadt, welche durch Unterbrechung ihrer Telegraphen- und Eisenbahnlinien zeitweilig zu einer Insel im Sinne der Neuzeit gemacht worden, hatte fast überall seine Verbindung mit der großen Welt hergestellt.

Auch in dem geistigen Leben der Stadt zeigte sich wenig Veränderung, die „Landeszeitung“ hat ihren alten Chefredakteur an Stelle des entscheidigsten Dr. Beiser bekommen; die „Deutsche Zeitung“ erscheint wieder, etwas mürrisch und ziemlich zurückhaltend, sie muß erst sondieren, um den Ton ihres Auftretens, der wohl am besten anzuschlagen sei, zu finden, denn die leibhafte Abnahme ihrer Abonnentenzahl erinnert sie an die Vergänglichkeit aller Herrlichkeit auf Erden. Auch das „Volkswort“, welches vierundzwanzig Stunden lang des Schicksals hatte, das ihm gewiß niemand prophezeit, nämlich Regierungsblatt zu sein, wenn auch nur einer revolutionären Regierung, erschien jeden Morgen in

frischer, fröhlicher Stimmung, welche ihm Frank zu verleihen wußte, und welche man auch sehr natürlich fand.

An manchem unserer Bekannten war der Zustand nicht so spurlos vorübergegangen; in der Hindeisenfabrik lagen gegen 60 Volkskämpfer an schweren Wunden danieder, so daß man ihre Überführung in das Hospital einklinken beanstandete mußte. In der Hindeisenfabrik lagen auch der Besizer derselben und sein Sohn, beide als schwer verwundete Opfer des Kampfes auf verschiedenen Seiten gefallen. Hermine teilt ihre ängstliche Sorge zwischen Vater und Bruder, doch wird sie in ihren Bemühungen um letzteren durch Elise vielfach unterstützt, die häufig auch in der Nacht als barmherzige Schwester an dem Lager des Kranken wacht. Was den Zustand des älteren Hindeisen betrifft, so ist zwar eine teilweise Betrümmung der Hüftgelenke gefunden worden, doch gibt man sich der Hoffnung hin, ihn gänzlich wieder herzustellen; bei dem Sohn dagegen schütteln die Ärzte den Kopf, denn der Kolbenstoß des Möbelfabrikanten hat das Brustbein arg verletzt, und die ohnehin schwache Brust des Kranken ist dadurch in gefährlicher Weise angegriffen.

Im Zimmer nebenan liegen Streit und Lange, beide noch im Wundstadium begriffen, jener an vier Fieberschüben, dieser an drei Schußwunden leidend, welche durch zu flüchtigen oder späten Verband schlimmer geworden, als es sonst der Fall gewesen sein würde. Noch ein Zimmer weiter liegt Noak, für welchen der Kampf auf dem Postplatz beinahe ebenso gefährlich geworden, wie für seinen Kameraden der Kampf um das Zeughaus; er befindet sich hier unter der Pflege von Veronica Habisch, die unausgeseht bei ihm wacht, da der Arzt von der Sorgfältigkeit der Pflege des Genesenden des Verwundeten abhängig sein läßt.

Zwei andere Verwundete liegen außerhalb der Fabrik; Jwan hat außer einigen leichten Verwundungen nur einen schweren Kolbenstoß auf der Schulter und einen auf den Kopf davongetragen, welcher letztere jedoch eine Verletzung der Schädelknochen nicht zur Folge gehabt. Frau von Sokolow hat sich mit allem Ernste der Pflege ihres Stiefsohnes unterzogen, doch ist sie und mit ihr die besorgte Olga durch den Ausbruch des Arztes, sowie durch das Befinden des Kranken bereits aller Befürchtungen enthoben; er hat sich an diesem Tage sogar umkleiden lassen und empfängt den Besuch Franks, der mit großem Glücke aus den beiden heißen Zusammenstößen am Markt und am Postplatz unverwundet hervorgegangen ist.

(Fortsetzung folgt.)

Die Statistik

Über die Zugehörigkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Partei, über ihre Zeitungslektüre und ihr Bürgerlichkeitsverhältnis, die im August v. J. aufgenommen wurde, und über die der Genosse Bromme in der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins berichtete, unterbreiten wir hiermit der hiesigen Arbeiterschaft. Wenn die Veröffentlichung nicht früher erfolgte, so ist die Verzögerung auf das Konto der Bürgerlichkeitswahlen zu legen.

Die Zahl der Fragen war bekanntlich eine beschränkte, aber sie waren richtig verteilt und präzise gefaßt, was man von den Antworten in vielen Fällen nicht sagen konnte. Auf die Fragen „Ob Parteimitglied“ oder „Warum nicht Bürger“ kamen oft sehr geschraubte und gewundene Ausreden. In der untenstehenden Tabelle haben wir das Ergebnis aus den einzelnen Gewerkschaften zusammengestellt.

Von den 35 beteiligten Gewerkschaften waren insgesamt 6681 Mitglieder in die Umfrage einbezogen worden, von denen es 854 nicht für nötig hielten, den Fragebogen zu beantworten. Es machten also nur 5827, oder 73 Prozent der Mitglieder, brauchbare Angaben. Davon gehören dem Sozialdemokratischen Verein 2311 oder 35 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter überhaupt an. 3609 der Befragten stehen der Partei noch fern. Das sind über 60 Prozent der befragten Gewerkschaftsmitglieder.

Zu den Abonnenten unseres „Volksboten“ zählen

3704 oder rund 59 Prozent der an der Umfrage beteiligten Arbeiter. 1101 lesen sehr bedauerlicherweise noch bürgerliche Blätter; allein 974 den „Generalanzeiger“. Darunter befinden sich auch 45 Parteimitglieder, denen in einer Anzahl Fällen, eine noch unauferklärte Frau die Lektüre vorzuziehen. Drei Genossen verweigern sich sogar zu den „Lübschen Anzeigen“, statt zu dem „Volksboten“. 85 Parteigenossen lesen neben dem Parteiblatt noch eine bürgerliche Zeitung, in den meisten Fällen den „Generalanzeiger“. 7 halten sogar den berühmten „Nachfeierabend“.

Das Bürgerrecht besitzen 2068 Gewerkschaftsmitglieder. Das sind 29,2 Prozent. Dem stehen 3413 Nichtbürger gegenüber. Von diesen haben 504 noch nicht das nach bürgerlichen Begriffen und Gesetzen dazu erforderliche Alter von 25 Jahren erreicht. 1241 Arbeiter wohnen noch nicht 5 Jahre lang in Lübeck und haben noch nicht so lange Steuern bezahlt, wie es das Wahlgesetz vorschreibt. In diesem Falle übertritt also unser Freistaat noch die preussische Junkerfalsch an reaktionärer Gesinnung. Über 269 Arbeiter haben die Erwerbung des wichtigen Rechtes einfach verkannt resp. vernachlässigt. Man sollte sich doch immer vor Augen halten, daß die politische Gleichgültigkeit der Arbeiter die Hauptursache des langandauernden Elends unserer heutigen Gesellschaft ist. Aber die Zahl der politisch Gleichgültigen ist noch Legion. Diese Massen herauszureißen aus ihrer Schleichheit, Gleichgültigkeit und Unwissenheit, das vermögen nur die politisch aufgeklärten zielbewußten Klassen Genossen. Der Wahlspruch muß lauten: Nieder mit der alles töten-

den, volksverderblichen Gleichgültigkeit. Nur dann wird der Arbeiter Herr seiner Wohlfahrt, wenn er begreift, daß sein Blick nicht nur auf den kleinen Kreis seiner Arbeit, seiner Häuslichkeit und seines Vergnügens gerichtet sein darf, sondern mit aller Kraft sich den großen Lebenserscheinungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zuwenden muß.

Die Ereignisse der letzten Zeit, die 500 Millionen neuer Steuern, die 500 Millionen neuer Schulden, die neue Steuern ankündigen, die anderen Schandthaten des Schnapsblocks im allgemeinen und der herrschenden Junkerkamarilla im besonderen, die wahnsinnigen Heer- und Flottenrüstungen, die Hintansetzung aller Kulturaufgaben, die Skandalprozesse von Eulenburg, Bruhn-Dafel usw. usw., die eine Eiterbeule der bürgerlichen Gesellschaft nach der anderen zum Blasen bringen, die drakonischen Urteile bei Streikvergehen gegen Arbeiter im besonderen, wie die Klassenjustiz im allgemeinen, die verkehrte Auslandspolitik unserer Diplomaten vornehmlich in der Marokkoaffäre, die Gewaltpolitik des blutigsten aller Jaren in Rußland, die Grenzafären der spanischen Nordpässe, die Brutalität der englischen Lords, die nackte Gewalt Herrschaft des Unternehmertums und der Agrarier in allen Ländern, der Zwangswirtschaftsmaßnahmen im Ruhrgebiet, der eine Beschränkung der Freizügigkeit darstellte, die gegen streikende Arbeiter in Mansfeld aufgeführten Maschinengewehre, kurz alle die Sünden der bürgerlichen Herrschaft müssen auch den letzten Arbeiter ins Lager der Sozialdemokratie treiben und ihn zum Abonnenten der Arbeiterpresse machen.

Name der Gewerkschaft	Zahl der vorliegenden Fragebogen	Davon unbeantwortet	Antwort direkt verweigert	Ob Mitglied der Partei		Warum nicht?				Welche Zeitung wird gelesen?							Ob Lübecker Bürger		Gründe, warum das Bürgerrecht nicht erworben ist											Prozentlos der Bürger															
				Ja	Nein	Kein Mitglied	Arbeitslosigkeit	Es ist zu teuer	Hätten keinen Vorteil	Habe keinen Zweck	War schon einmal Mitglied	Hatte Ausreden	„Lübecker Volksbote“	„General-Anzeiger“	Andere	Parteiorgane, die bürgerliche Blätter und nicht den „Volksboten“ abonnieren.	„Lübsche Anzeigen“	„Eulenburger Zeitung“	„Städte- und Landbote“	„Abendpost“	Auswärts bürgerl. Blätter	„Vorwärts“	Anderer auswärtige Partei-Blätter	Lesen gar keine Zeitung außer d. Verbandsorgan „Nachfeierabend“	Ja	Nein	Wohnen noch keine 5 Jahre in Lübeck	Wollen nach Bürg. werden	Verfahren im Gange		Krankheit	Arbeitslosigkeit	Steuerschuld	Kein Wohnort in Lübeck	Armenunterstützung	Papiere nicht in Ordnung	Ausländer	Wollen nicht in L. bleiben	Zu jung	Haute Ausreden	Wollen nicht Bürger werd.	Die Erwerbung vernachlässigt			
				Bäcker	61	-	-	36	25	60,0	-	-	-	-	-	1	1	1	1	45	10	2	-	-	-	-	-	-	-		7	24	38	21	1	2	-	-	1	3	3	1	6	4	5

Aus der Partei.

Zum Beigeordneten gewählt wurde in dem oberelbischen Kreisstädten Gewerkschaften unser Genosse August Sieck. Die Wahl erfolgte im Gemeinderat mit 18 gegen 7 Stimmen. Die liberal-demokratische Presse im Reichslande spricht die Erwartung aus, daß die Regierung den Bruch mit dem System Köster, unter dem im Jahre 1902 die Bestätigung des sozialdemokratischen Beigeordneten in Milthausen verlagert wurde, durch eine andere Stellungnahme im jetzigen Falle aussprechen werde.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegung der Sticker in Plauen i. V. ist durch einstimmigen Versammlungsbeschluss am Donnerstagabend nach sechs-wöchiger Dauer abgebrochen worden. Über 1100 Sticker arbeiten schon seit Wochen zu den von der Organisation vorgeschriebenen Tarifbedingungen. Im Streik stand, nachdem in den letzten Tagen eine ziemlich Anzahl Ausständiger zu Streikbrechern geworden sind, nur noch 160 Sticker. Mit den Erfolgen können die Sticker zufrieden sein, wurde doch der Kampf geführt von Arbeitern, von denen drei Viertel erst kurze Zeit einer gewerkschaftlichen Organisation angehört und insoweit dessen das erstmalig in wirtschaftlichen Kämpfen standen. Den noch Ausständigen wurde durch Versammlungsbeschluss zur Bedingung gemacht, nicht unter 18 Pfennigen Sticklohn die Arbeit wieder aufzunehmen. Ebenfalls muß den Unternehmern zur Bedingung gemacht werden, den Textilarbeiterverband als maßgebende Organisation der Sticker anzuerkennen. Nach der in der Versammlung herrschenden Stimmung soll der Lohnkampf im nächsten Frühjahr, eventuell schon in diesem Herbst — je nachdem die Konjunktur eine günstige ist — wieder aufgenommen werden.

Zu der Margarinefabrik „Margarinewerke J. an. C. U. H. Broet“ in Krefeld sind sämtliche organisierte Arbeiter entlassen worden. Die Firma hatte vor kurzer Zeit

einen Tarifvertrag mit den Arbeitern abgeschlossen, welcher aber auf ausdrückliches Verlangen des Chefs „nur für die im Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeiter“ gelten sollte. Bald nach Abschluss des Tarifvertrags wurden nun die organisierten Arbeiter geschult und gegen die Unorganisierten zurückgesetzt. Als die Sache endlich zu bunt wurde, wurden diese Zustände in der „Niederrh. Arbeitertribüne“ besprochen. Dies gab dem Unternehmer Veranlassung, sämtliche Mitglieder des Verbandes zu entlassen. Die Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverband und der Firma hatten keinen Erfolg, weil die Unorganisierten nicht wünschen, daß die Verbändler wieder eingestellt werden.“ Der Betrieb ist deshalb gesperrt. Da die Erzeugnisse des Herrn U. nunmehr ausschließlich von Streikbrechern hergestellt werden, so werden alle arbeitervereindlichen Blätter um Abdruck dieser Zeilen gebeten.

Der Streik der Senfenschmiede in Kalk ist nicht aufgehoben. Gegenteilige Berichte in einzelnen Zeitungen sind durch einen Irrtum entstanden. Der Streik bei der Firma Wiggemann erstreckte sich nicht auf sämtliche Senfensmiede, sondern nur auf einen Teil. Als diese die Arbeit niedergelegt hatten, wurden die übrigen Arbeiter von der Firma ausgeperrt. Nun war es der Firma durch Agenten gelungen, vier Arbeitswillige aus Österreich herbeizuschaffen, die Firma hat dann die Aussperrung aufgehoben und den Betrieb eröffnet. Nach Lage der Sache konnte die Verbandsleitung einem Teile der Ausständigen erst eintreten, die Arbeit aufzunehmen. Es ist also lediglich eine Frontänderung, die erforderlich wurde bei diesem Kampf. Die streikenden Senfenschmiede sind nicht gewillt, in Anbetracht ihrer durchaus berechtigten Forderungen, dem Anstos den Unternehmern Folge zu leisten, und bedingungslos in den Betrieb hineinzugehen. Dies mögen auch die Senfenschmiede von anderen Orten beachten.

In der Möbelfabrik in Reistenhausen am Main (Unterfranken) wurde sämtlichen Schreiner, Maschinenarbeitern und Hilfsarbeitern (88 Mann) gekündigt. Beim Abschluss eines Tarifvertrags auf 2 Jahre verlangten die Arbeiter

eine Stunde Arbeitszeitverkürzung, für dieses Jahr eine Lohnhöhung von 2 Pf. und 2 Pf. für 1911. Die Unternehmer wollten nur einen Pfennig zugestehen, und als sich die Arbeiter weigerten, diesen Betrag zu unterschreiben, erfolgte die Kündigung. Die Firma wird versuchen, in anderen Gegenden Arbeiter zu suchen, weshalb um Fernhaltung des Zuzuges gebeten wird.

Zur Tarifbewegung im Malergewerbe. In Frankfurt a. M. nahmen die Maler Stellung zu den Schiedssprüchen der Unparteiischen über Lohn, Arbeitszeit und Lohnausgleich. Alle Diskussionen sprachen sich für Annahme der Schiedssprüche aus, wenn sie auch die Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit bedauerten. In diesem Sinne votierte denn auch die Versammlung und stimmte gegen wenige Stimmen den Schiedssprüchen zu.

Die Butterick Publishing Company führt bekanntlich einen hartnäckigen Kampf mit der Union der Neuporteur Buchdrucker; sie steht an der Spitze eines Teiles der nordamerikanischen Druckereientnehmer, die die Anerkennung der Gewerkschaften ablehnen und dieselben mit allen Mitteln bekämpfen. Die Firma vertreibt ihre Erzeugnisse in der ganzen Welt. Das Hauptgeschäft wird durch Verkauf von Kleider-Schnittmuster gemacht. Um für ihre Schnittmuster-Reklame zu machen, gibt die Firma in Deutschland mehrere Zeitungen heraus. Es sind dies: „Moden-Review“, „Buttericks Moden-Album“ und „Buttericks Moden der Hauptstädte“. Die Butterick-Publishing Company versucht jetzt eine Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebes dadurch herbeizuführen, daß sie mit Warenhäusern und großen Spezialgeschäften Verträge abschließt, wodurch dieselben den Vertrieb von Butterick's Schnittmustern übernehmen. So hat z. B. die Firma Steigerwald und Kaiser in Frankfurt a. M. Holzgraben 4, im Dezember v. J. den Verkauf von Butterick's Schnittmuster übernommen. Die Reklame wird durch „Buttericks Modenblatt“, Monatsausgabe der Firma Steigerwald u. Kaiser, Frankfurt a. M., betrieben. Das Blatt kostet pro Jahr 1,50 Mark und wird dafür franco geschickt. Es kann auch durch die meisten

